

Haushaltsrede 2025 Frank Bolz, Bürgermeister der Gemeinde Dettenheim

Sehr geehrte Bürgerinnen und Bürger,  
sehr geehrte Damen und Herren des Gemeinderats,

wir beschließen heute die Haushaltssatzung mit Haushaltsplan für das Jahr 2025 und den Finanzplan mit dem Investitionsprogramm.

Ich werde die wesentlichen Eckdaten des Haushalts vortragen. Die sich anschließenden Rednerinnen und Redner können gerne darauf verweisen.

Der heutigen Beschlussfassung gingen intensive Beratungen im Verwaltungsausschuss und Gemeinderat voraus. Einen Dank möchte ich dem gesamten Rechnungsamt aussprechen, die die umfassenden Vorarbeiten zu diesem Haushalt geleistet haben.

Die Haushaltssatzung der Gemeinde sieht im **Ergebnishaushalt** ordentliche Erträge von 18.607.300 € und ordentliche Aufwendungen von 19.866.700 € und damit ein veranschlagtes negatives ordentliches Ergebnis in Höhe von 1.259.400 € vor. Im Vergleich zum Haushaltsjahr 2024 bedeutet dies eine leichte Verbesserung des ordentlichen Ergebnisses um 49.900 €. Ein ausgeglichenes Ergebnis kann im gesamten mittelfristigen Planungszeitraum 2024-'28 nicht erreicht werden. Das verdeutlicht die angespannte finanzielle Situation unserer Gemeinde. Betrachtet man die Nachbargemeinden ergibt sich ein ähnliches Bild. Hier ist die Regierung gefordert, den Gemeinden einen finanziellen Ausgleich für die stetig steigenden Aufgaben zuzuweisen.

Es sind weder außerordentliche Erträge noch außerordentliche Aufwendungen geplant.

Im **Finanzhaushalt** ergibt sich ein veranschlagter Zahlungsmittelbedarf des Ergebnishaushalts in Höhe von 47.500 €. Investitionen sind in diesem Jahr in Höhe von rund 6,1 Mio € geplant. Demgegenüber stehen Einzahlung aus Investitionstätigkeit von 3,9 Mio €. Insgesamt ergibt sich eine veranschlagte Minderung des Finanzierungsmittelbestands in Höhe von 2,3 Mio €.

Der Höchstbetrag der **Kassenkredite** wird festgesetzt auf 1,25 Mio €.

Eine Kreditaufnahme für Investitionen ist im Jahr 2025 zwar vorgesehen, bezieht sich jedoch auf die Umschuldung des bestehenden Darlehens, das zur Finanzierung der Beteiligung an „EnBW vernetzt“ dient. Somit handelt es sich um keine Neuverschuldung und mit Beendigung der Beteiligung kann das Darlehen vollständig getilgt werden. Im mittelfristigen Planungszeitraum ist keine weitere Darlehensaufnahme im Kernhaushalt erforderlich. Der **Schuldenstand** beträgt zu Beginn des neuen Haushaltsjahres weiterhin 2.002.882 €. Klammert man das Darlehen für die Beteiligung an der EnBW aus, ist die Gemeinde quasi schuldenfrei.

Die liquiden Mittel betragen zum Start in das neue Haushaltsjahr 5,85 Mio €. Berücksichtigt man alle geplanten Ein- und Auszahlungen des Haushaltsjahres verringern sich die liquiden Eigenmittel um 2,3 Mio. €. Zum Jahresende verbleibt ein

Zahlungsmittelbestand von 3,5 Mio. €. Dieser überschreitet deutlich die vorgeschriebene Mindestrücklage von 300.000 €.

Im Detail bedeutet dies:

Der Gesamtergebnishaushalt weist in der Planung ein veranschlagtes negatives ordentliches Ergebnis von 1.259.400 € aus. Dies bedeutet, dass nicht alle ergebniswirksamen Vorgänge ausgeglichen werden können. Dazu gehört auch die Erwirtschaftung der Abschreibungen. Diese stellen den tatsächlichen Ressourcenverbrauch dar und ermöglichen dadurch die Ersatzbeschaffung von Vermögensgegenständen am Ende der jeweiligen Nutzungsdauer. Nach Feststellung der Eröffnungsbilanz zum 01.01.2019 können diese auch valide beziffert werden. Die Nettoabschreibungen sind im kommenden Jahr mit 1,2 Mio € eingeplant.

Im Finanzhaushalt hingegen sind alle tatsächlich fließenden Ein- und Auszahlungen enthalten. Die wichtigste Position des Finanzhaushalts ist der Zahlungsmittelüberschuss des Ergebnishaushalts. Dieser zeigt, ob die Abschreibungen auch tatsächlich erwirtschaftet wurden und für künftige Investitionen zur Verfügung stehen. Dieses Ziel kann im vorliegenden Plan mit einem veranschlagten Zahlungsmittelbedarf des Ergebnishaushalts von 47.500 € nicht erreicht werden.

Das Volumen für Investitionen erreicht in diesem Jahr 6,1 Mio €. Im Finanzplanungszeitraum bis 2028 wird mit weiteren Investitionen von über 9 Mio. € gerechnet.

Bei der Fortschreibung der Planung wurde bei der Berechnung der Erträge auf die Daten der Oktobersteuerschätzung Bezug genommen. In der Oktobersitzung des Arbeitskreises für „Steuerschätzungen“ prognostizierten die Ergebnisse für die Jahre 2024 - 2028 eine schlechtere Einnahmesituation als noch im Mai angenommen.

Die Ergebnisse der Oktobersteuerschätzung erwarten zum zweiten Mal in Folge einen realen Rückgang der Wirtschaftskraft Deutschlands. Der Bund, die Länder und die Kommunen können nominal jedoch noch mit steigenden Steuereinnahmen rechnen. Wenngleich der Anstieg der Steuereinnahmen insgesamt im Zuge der Oktobersteuerschätzung als geringer angenommen wird als dies noch im Mai erwartet worden war.

Allerdings steht zu befürchten, dass der prognostizierte, nominale Aufwuchs der Steuereinnahmen sich nicht als reale Verbesserung der Finanzkraft niederschlagen wird. Die Situation der Städte, Gemeinden und Landkreise angespannt bleiben. Insbesondere, da sich die staatlichen Ebenen den Auswirkungen und Nachwirkungen auf der Ausgabenseite der Inflation nicht werden entziehen können, wie beispielsweise Tarifabschlüsse, Baukostensteigerungen, Energiepreise.

Insofern ist mit einer weiteren Abnahme der finanziellen Handlungsspielräume zu rechnen.

Die wichtigsten Einnahmen unserer Gemeinde sind der Gemeindeanteil an der Einkommens- und Umsatzsteuer von insgesamt 5,2 Mio €. Hier wird im Vergleich zum Vorjahr mit Mehrerträgen von 200.000€ gerechnet. Steigerungen sind auch bei den Schlüsselzuweisungen und der kommunalen Investitionspauschale spürbar.

Die **Gewerbsteuer** wurde für das Jahr 2025 mit einem Aufkommen von 1,6 Mio. € abzüglich der Gewerbesteuerumlage geplant. Dies entspricht einer Reduzierung von 200.000 € im Vergleich zum Vorjahr. Nach stetigem Wachstum des Gewerbesteueraufkommens in den Jahren 2020 – 2023, fällt das vergangene Jahr 2024 wieder schwächer aus. Im Gegensatz zur Planung von 1,8 Mio.€ ergab sich lediglich ein tatsächliches Aufkommen von 1,55 Mio. €. Aufgrund der derzeitigen wirtschaftlichen Lage wird mit einem weiteren schwierigen Jahr geplant.

Um die Einnahmen stabil zu halten, sah sich die Gemeinde gezwungen, nach 20 Jahren ohne Erhöhung, den Hebesatz für die Gewerbesteuer anzupassen. Dieser beträgt zukünftig 360%.

Gleichzeitig wurde der Hebesatz für die Grundsteuer A und B im Rahmen der Grundsteuerreform neu gefasst. Hier hat die Gemeinde sich bewusst für die Aufkommensneutralität entschieden und keine versteckte Steuererhöhung beschlossen. Nichtsdestotrotz führt das neue Landesmodell zu großen Belastungsverschiebungen und einige Bürger müssen deutlich mehr bezahlen. Dies ist jedoch dem politischen Wille der Landesregierung geschuldet und liegt nicht in der Verantwortung der Kommunen.

Der Hebesatz für die Grundsteuer A beträgt zukünftig 400%, für die Grundsteuer B 135%.

In Summe wird im Bereich Steuern und ähnliche Abgaben mit den gleichen Erträgen wie im Vorjahr geplant, der Bereich Zuweisungen und Zuwendungen liegt 250.000 über dem Vorjahresniveau.

Auf der Ausgabenseite finden wir die Transferaufwendungen, die sich im Wesentlichen **aus der FAG-Umlage** mit 2,3 Mio. €, der **Kreisumlage** bei einem Umlagesatz von 32 Prozent mit 3,35 Mio. € und der **Gewerbsteuerumlage** mit 165.000 € zusammensetzen. Sowohl die Finanzausgleichsumlage als auch die Kreisumlage ergeben sich aus der Steuerkraftsumme.

Die Finanzausgleichsumlage reduziert sich um 100.000€ aufgrund der niedrigeren Steuerkraftsumme aus dem Jahr 2023.

Eine große finanzielle Belastung stellt die Kreisumlage dar. Der Kreisumlagesatz steigt voraussichtlich von 27,5 % auf 32 % (+ 4,5 %-Punkte). Die zu zahlende Kreisumlage 2025 steigt gegenüber 2024 um 350.000 € auf 3,35 Mio. €.

Demgegenüber stehen teils enorme Kostensteigerungen. An erster Stelle sind hier die gestiegenen Personalkosten zu nennen. Wie bei den meisten Kommunen stellt auch bei uns der Personalbereich einen der größten Aufwandsposten des Haushalts dar. Mit einem Volumen von 3,8 Millionen Euro sind dies 19,2% der ordentlichen Aufwendungen des Ergebnishaushalts.

Kostenintensiv ist und bleibt auch die Kinderbetreuung. Die Umlagen zur Deckung des Betriebskostendefizits der Träger steigen um 230.000 € auf 3 Mio. € an. Dies ist auf die Eröffnung der neuen Waldgruppe zurückzuführen. Das unter Berücksichtigung der Landeszuweisungen Gesamtdefizit steigt im Vergleich zum Vorjahr um 200.000 € auf voraussichtlich 2,6 Mio. € im Planjahr 2025 an.

Eine wichtige Aufgabe der Gemeinde ist die Wasserversorgung. Deshalb erötere ich an dieser Stelle die **Eckdaten und Entwicklung der Wasserversorgung und Abwasserbeseitigung**:

Der Erfolgsplan des Eigenbetriebes Wasserversorgung wird mit Erträgen und Aufwendungen von ca. 750.000 € festgesetzt. Der Gesamtbetrag an vorgesehenen Kreditaufnahmen beträgt knapp 2,5 Mio €. Der Höchstbetrag der Kassenkredite wird auf 400.000 € festgesetzt.

Wie schon in den vergangenen Jahren immer wieder thematisiert sind alters- und strukturbedingte Reparaturen im Wasserversorgungs- als auch dem Kanalnetz mit hohen Aufwendungen verbunden.

Die größte bevorstehende Aufgabe ist die Sanierung des Wasserwerks. Für die Maßnahme sind in einem ersten Kostenplan Gesamtausgaben von über 8 Mio € über einen Zeitraum von 2021-2028 prognostiziert. In diesem Jahr soll die Sanierung der Tiefbehälter fertiggestellt werden und mit der Sanierung des Wasserturms begonnen werden. Die Planung für die Sanierung der Aufbereitung soll durchgeführt werden.

Wie für jedes Haushaltsjahr wurde die Grund- und Verbrauchsgebühr für den Bereich Wasser und Abwasser auch für 2025 kalkuliert.

Aufgrund der Investitionen im Wasserwerk, aber auch im Leitungsnetz war eine Erhöhung der Wassergebühren unumgänglich.

Die **Wassergebühren** steigen von 1,70 € je Kubikmeter auf 1,90 € je Kubikmeter. Die Grundgebühr verbleibt bei 4,50 € im Monat.

Dies ist notwendig, um die Versorgung mit sauberem Trinkwasser weiterhin gewährleisten zu können.

Erfreulicherweise ergeben sich bei den Abwassergebühren keine Änderungen und die Beitragssätze bleiben unverändert. Die **Schmutzwassergebühr** verbleibt unverändert bei 2,73 € je Kubikmeter, die **Niederschlagswassergebühr** verbleibt unverändert bei 0,30 € pro Quadratmeter versiegelter Fläche.

Sehr geehrte Mitbürgerinnen und Mitbürger,  
sehr geehrte Damen und Herren des Gemeinderats,  
liebe Mitarbeiterinnen und Mitarbeiter der Gemeinde Dettenheim,

in den letzten Jahren mussten wir zahlreiche Krisen überwinden. Nach der Corona Pandemie prägte auch im vergangenen Jahr der russische Überfall auf die Ukraine und die damit verbundenen Auswirkungen das vergangene Haushaltsjahr. Diese Folgen dominieren nicht nur das kommende Haushaltsjahr, sondern auch die mittelfristige Finanzplanung.

Dieser Krieg ist auch im laufenden Jahr mit großen Folgen für unsere Gemeinde verbunden. Es wurde eine große Flüchtlingsbewegung ausgelöst. Die Unterbringung und Versorgung der geflüchteten Menschen war und bleibt ein Kraftakt. Ich möchte mich auch in diesem Jahr bei allen bedanken, die Wohnraum zur Verfügung gestellt haben oder in sonstiger Weise unterstützt haben.

Auch in diesem Jahr plant das Landratsamt den Gemeinden eine weitere Zahl an geflüchteten Personen zuzuweisen. Die Gemeinde Dettenheim war und ist hier Vorreiter und wir haben mehr Menschen eine Unterbringung zur Verfügung gestellt, als rechnerisch für unsere Einwohnerzahl notwendig. Diese Personen werden nun den neuen Zuteilungsquoten angerechnet.

Die Unterbringung stellt allerdings nur einen Teil der Aufgaben dar. Die Integration, sowie das Angebot an Kindergarten- und Schulplätzen beschäftigen uns in der Gemeinde und aktuell wird die Unterstützung durch das Landratsamt mit der Integrationshilfe zurückgefahren, bzw. die Sprechzeiten in andere Orte zusammengelegt, was unsere Mitarbeitenden hier in der Verwaltung künftig mehr belasten wird.

Die Inflationsrate ist gegenüber letztem Jahr, in erster Linie wegen der wieder gesunkenen Energiepreise zurückgegangen, dennoch auf hohem Niveau. Materialmangel und Lieferengpässe sind etwas zurückgegangen, allerdings bildet derzeit immer mehr der Mangel an qualifiziertem Personal die Rahmenbedingungen für das wirtschaftliche Umfeld. Das beeinträchtigt Gewerbebetriebe, Gastronomen aber auch Verwaltungen.

Wir haben nun im Bauamt die offenen Stellen, bis auf die Stelle des Energiemanagers, alle besetzt, bzw. werden ab März besetzt sein. Diese Ausnahmesituation der unbesetzten Stellen im letzten Jahr stellten eine enorme Belastung für die Mitarbeiterinnen und Mitarbeiter der Verwaltung, insbesondere des Bauamtes dar. Viele Maßnahmen konnten nicht durchgeführt werden oder mussten verschoben werden. Die wichtigsten Pflichtaufgaben wurden erledigt und das auch mit der Unterstützung des Hauptamtes und des Rechnungsamtes. Die dortigen Mitarbeitenden sind oft eingesprungen und haben unterstützt wo es möglich war. Lassen Sie mich an der Stelle meinen aufrichtigen Dank gegenüber den Mitarbeiterinnen und Mitarbeitern der Gemeindeverwaltung zum Ausdruck bringen! Oft gingen sie an ihre Belastungsgrenzen, haben aber den Dienstbetrieb über die gesamte Zeit aufrechterhalten und die neuen Aufgaben, „on top“ erledigt.

Eine große Belastung haben wir derzeit noch im Hauptamt, was sich durch massive Überstundenansammlungen negativ bemerkbar macht. Hier muss dringend gehandelt werden. Erste Schritte sind eingeleitet. Im IT Bereich ist es oft nicht möglich, im Urlaub oder im Krankenstand befindende Mitarbeiter zu vertreten. Dies betrifft die Betreuung des Servers, der PC, der Telefonanlage, aber auch wenn es um das Vorbereiten und Erstellen des Amtsblattes geht. Im Personalamt müssen teils Versäumnisse der Vergangenheit aufwändig aufgearbeitet werden. Dazu kommt wie in allen Ämtern, da möchte ich das Bauamt und Rechnungsamt nicht ausschließen, eine größere Flut von neuen Bestimmungen und Verordnungen des Landes oder des Kreises, die umgesetzt werden müssen. Auch Bedürfnisse der Einwohner, der Eltern der Kindergartenkinder und Schulkinder werden mehr. Um weiterhin ein guter und Zukunftsorientierter Arbeitgeber zu sein, müssen wir hier vorsorgen, denn nur mit ausreichend motiviertem und qualifiziertem Personal, können die kommenden Jahre sicher gemeistert werden.

Trotz all der Probleme und teils auch Krisen von denen nahezu alle umliegenden Kommunen betroffen sind, steht die Gemeinde Dettenheim finanziell gesund da. Der Kernhaushalt ist quasi schuldenfrei und es besteht sogar noch ein Liquiditätspolster.

Die Investitionen haben in diesem Haushalt ein Volumen von 6,1 Mio. €. Hinzukommen noch Investitionen im Eigenbetrieb Wasser von ca. 2,5 Mio. € für die Sanierung des Kanalnetzes und des Wasserwerks.

Demgegenüber stehen den Investitionen Einzahlungen von 3,9 Mio. €, die überwiegend aus Landes- oder Bundeszuwendungen oder Grundstückverkäufen resultieren.

Betrachten wir nun die Investitionen im Haushalt der Gemeinde Dettenheim für 2025 etwas genauer.

Die Kanalsanierung in der Kirchfeldstraße befindet sich in der Umsetzung und soll in der 1. Jahreshälfte 2025 abgeschlossen werden. Die Planungen für den 2. Bauabschnitt werden durchgeführt und die Auftragsvergabe wird erfolgen. Für Kanalsanierungen sollen im Haushaltsjahr 1 Mio. € investiert werden.

Ebenfalls im vergangenen Jahr wurde die Sanierung der Dettenheimer Straße begonnen. Die Kosten für diese Maßnahme belaufen sich auf über 2 Mio. €. Auch diese Maßnahme soll in diesem Jahr abgeschlossen werden.

Mit der Realisierung des **Wohnbaugebiets „Hagäcker/Weglenghacker“** möchte die Gemeinde zusätzliche Baugrundstücke anbieten. Im Jahr 2025 soll ein Teil der Grundstücke veräußert und Einnahmen von ca. 1 Mio € realisiert werden.

Die Planung weiterer Neubaugebiete wie die **Erweiterung des Gewerbegebietes Waldteiler in Rußheim** und das **Baugebiet Kirchfeld in Liedolsheim** wird im Jahr 2025 fortgeführt.

Als Finanzierungsmittel für Investitionen sind im kommenden Jahr Einzahlungen in Höhe von ca. 2,3 Mio € geplant. Die Veräußerung von Baugrundstücken mit 1 Mio € ist der größte Einnahmenblock. Weiter sind mit Zuweisungen für die Ortskernsanierung, für den Bauwagen der Waldgruppe und den abgeschlossenen barrierefreien Umbau von Haltestellen zu rechnen.

Für die Feuerwehr Abteilung Rußheim soll ein Ersatzfahrzeug für den **LF10** angeschafft werden. Da mit der Auslieferung erst im Jahr 2028 gerechnet wird, ist hier eine Verpflichtungsermächtigung über 700.000 € angesetzt.

Im Bauhof steht die Ersatzbeschaffung eines Multicars an. Hierfür sind 150.000€ angesetzt.

Zur Neugestaltung und Aufwertung der Spielplätze sollen nun anhand der Ergebnisse des Spielplatzkonzeptes im Jahr 2025 einige Spielplätze neu gestaltet werden. Hierfür sind 150.000 € geplant. Kurzfristig werden hier auch Bauplätze frei.

Um den Bedarf an Kinder-Betreuungsplätzen zu erfüllen, wurde im vergangenen Jahr ein Waldkindergartenwagen beschafft. Für die Herrichtung des Grundstückes sind 75.000 € veranschlagt.

Um den Ausbau der **erneuerbaren Energien** voranzutreiben, sind die Errichtung von Photovoltaikanlagen auf den Dächern der Kindergärten Regenbogen, Schwalbennest und Sonnenblume geplant. Zudem sollen in einigen Gebäuden die alten Heizungen durch Wärmepumpen oder effiziente Gasheizungen ersetzt werden. Gerade in unseren Kindergärten gab es diesen Winter bereits massive Probleme mit ausgefallenen Heizungen, die repariert werden mussten, wo aber absehbar ist, dass Ersatzteile nicht mehr beschafft werden können.

Der **Glasfaserausbau** in der Gemeinde ist in vollem Gange und soll in diesem Jahr abgeschlossen werden. Verbindungsprobleme und langsames Internet gehören dann der Vergangenheit an. Teils hört man positive Stimmen von den neuen Kunden der Deutschen Glasfaser wo es problemlos funktioniert, teils muss wohl noch nachgearbeitet werden. Anschließend sollen auch die **Gehwegssanierung** verstärkt angegangen werden. Hier wird natürlich die Deutsche Glasfaser in die Pflicht genommen, deren Arbeiten bzw. Mängel sind dokumentiert.

Im Eigenbetrieb Wasserwerk wird die **Sanierung des Wasserwerks** weitergeführt. Dem vorangegangen waren jahrelange umfangreiche Planungen. Für diese Maßnahme sind insgesamt 8,3 Millionen Euro veranschlagt. Im Jahr 2025 wird eine Rate von 2,1 Millionen Euro zur Zahlung fällig. Diese Generalsanierung ist notwendig, um die Wasserversorgung und Qualität auch in Zukunft sicherstellen zu können.

Sehr geehrte Damen und Herren,

gerade im Hinblick auf die Kommunalfinzen wird uns die derzeitige Wirtschaftslage noch lange beschäftigen, so meine Aussage im letzten Haushaltsbericht. Heute, als Mitglied des Kreistags und Teilnehmer der Vorberatungen zu dessen Haushalt kann ich sagen, nicht nur die derzeitige Wirtschaftslage macht uns Kommunen zu schaffen. Auch die Auswirkungen des Haushalts des Kreises und hier nicht nur die voraussichtliche Erhöhung der Kreisumlage bestätigen die schwierigen Zeiten. Deren Ende ist noch nicht in Sicht. Vieles ist noch ungewiss und kann auch in der Dimension heute noch nicht abgeschätzt werden. Auch wegen immer neuer Aufgaben, die die Politik auf die Kommunen herunterbricht und die häufig nicht auskömmlich finanziert werden. Deshalb wird auch künftig die Aufgabe des Gemeinderates sein, Investitionen zu hinterfragen und trotzdem dort zu tätigen, wo sie sinnvoll und erforderlich sind. Gerade in Dettenheim stehen Investitionen an, die wir nicht mehr hinauszögern können. Die letzten Jahre als das Geld auf dem Markt günstig war und das Bauamt noch voll besetzt, ist vieles versäumt oder auch verdrängt worden. Ich denke hier an das Sanieren der Kindergärten, Schulen und die Frage wie es mit den beiden Feuerwehrhäusern weitergeht. Nun ist die Prämisse, eine gute Balance zwischen Sparen und Investieren zu finden. Eine solide und vorausschauende Wirtschaftsweise ist gefordert, was die Betrachtung der Ausgaben, aber auch der Einnahmenseite beinhaltet. Besonders das Gewerbe ist zu stärken und wir bemühen uns um Ansiedlung neuer Betriebe, Anfragen hierzu sind da.

Wir haben noch Bauplätze für Wohnhäuser im Angebot, hoffen hier auf eine bessere Nachfrage und wir werden uns nach einem Ärztehaus umschauchen.

Die Weichen für all diese Themen und die Zukunft Dettenheims in dieser schwierigen aber nicht aussichtslosen Zeit werden heute mit der Verabschiedung des Haushalts gestellt.

Ich danke Ihnen für die gute Zusammenarbeit bei der Erstellung des Haushalts, insbesondere der Vorberatungen und danke besonders den Mitarbeiterinnen und Mitarbeitern der Gemeinde Dettenheim für die gute und engagierte Arbeit.

Ich wünsche Ihnen weiterhin alles Gute und eine gute Entwicklung für unsere Gemeinde.

Vielen Dank für Ihre Aufmerksamkeit.

Dettenheim, 21.01.2025

Frank Bolz  
Bürgermeister Dettenheim

## Freie Wähler Dettenheim

### Haushaltsrede 2025

Sehr geehrter Herr Bürgermeister Bolz,  
sehr geehrte Kolleginnen und Kollegen des Gemeinderates,  
werte Damen und Herren,

das Zahlenwerk für den Haushalt 2025 haben sie nun vernommen, wiederholen möchte ich sie nicht mehr sondern Ausführungen aus der Sicht der Freien Wähler zu einzelnen Punkten machen.

Nie war der Satz „Spare in der Zeit, dann hast du in der Not“ treffender wie für das Haushaltsjahr 2025. Das geprägt ist durch steigende Ausgaben (Kreisumlage) und sinkende Einnahmen. Das bedeutet für unsere Gemeinde, dass wir im Moment noch von unseren Rücklagen profitieren. Allerdings sind diese endlich und wir werden um eine Kreditaufnahme in der Zukunft wohl nicht drum rum kommen. Das Bauamt war in 2024 von hoher Fluktuation im Stellenbereich betroffen, diese konnten zum Ende 2024 wieder einigermaßen besetzt werden sodass wieder Besserung für alle eintreten kann. Auch im Hauptamt haben sich Engpässe ergeben, die sich nach externer Prüfung bestätigt haben. Die Freien Wähler werden diesen Schritt mitgehen und hoffen das sich für alle Besserung einstellen wird. Die Mehrarbeit gerade für das Hauptamt resultieren oft durch die Delegation von Aufgaben durch Bund und Land an die Kommunen. Die aber oft mit der Umsetzung alleine gelassen werden vom finanziellen Ausgleich wollen wir hier gar nicht reden. Hier wünschen wir uns dass die Politik die Hilferufe der Kommunen ernst nehmen würde. Durch diese Personalangelegenheiten werden die Personalausgaben wohl signifikant in den kommenden Jahren steigen diese sollte man im Auge behalten.

Ein weiterer größerer Posten ist die Beschaffung eines weiteren Feuerwehrfahrzeuges, dieses tragen wir auch als Fraktion gerne mit um die hervorragende Arbeit der Feuerwehr zu unterstützen.

Die Herausforderung für die nächsten Jahre sind aus Freie Wähler Sicht, die Pflichtaufgaben dazu zählen Instandhaltung von Kindergärten , Konzepte für Grundschulen/Ganztageschule und Verbesserung unserer Infrastruktur bestmöglich zu bewerkstelligen. Bei freiwilligen Leistungen muss man dann leider auch mit Abstrichen rechnen müssen.

Die Freien Wähler haben schon in den vergangenen Jahren angemahnt, dass die bestehenden Doppelstrukturen in unserer Gemeinde genau geprüft werden sollten, da unserer Meinung nach hier großes Einsparungspotenzial möglich wäre. Diese Maßnahme sollte auch zeitnah erfolgen.

Einnahmen können nur durch Verkauf von Bauplätzen generiert werden, deshalb hoffen wir dass das Gewerbegebiet Waldteiler bald Zuteilungsreif sein wird. Auch sollte das Baugebiet Kirchenfeld in Liedolsheim zeitnah angegangen werden.

Zum Abschluss möchte ich noch kurz die Projekte der Gemeinde erwähnen die im Moment noch am Laufen sind. Die Kanalsanierung Kirchfeldstrasse liegt in den letzten Zügen und wird mit der Vergabe der Ingenieurleistungen für den Bauabschnitt zwei fortgeführt. Die Sanierung Dettenheimerstrasse liegt wohl im Plan und wird im Frühjahr mit dem zweiten Abschnitt fortgesetzt.

Die Sanierung unseres Wasserwerkes ist nach einem technischen bedingten Stopp wieder angelaufen wir hoffen, dass hier auch alles im Rahmen bleibt und wir den weiteren Fortschritt demnächst einmal besichtigen können. Durch diese Maßnahme wird sich der Schuldenstand für das Wasserwerk erhöhen, was für die Einwohner mit steigenden Bezugspreisen einhergeht. Allerdings war es auch unser Wunsch das Wasserwerk in kommunaler Hand zu behalten.

Die Fraktion der Freien Wähler stimmt dem Haushaltsplan 2025 und dem Wirtschaftsplan für das Wasserwerk zu.

Bedanken möchten wir uns bei der gesamten Verwaltung für die gute Zusammenarbeit, einen besonderen Dank geht an Rechnungsamtsleiter, Herrn Schwager, für die klar strukturierte Aufbereitung des Zahlenwerks sowie für die Geduld bei der Beantwortung der vielen Fragen.

## **Stellungnahme der CDU-Fraktion zum Haushalt für das Planungsjahr 2025 -es gilt das gesprochene Wort-**

Sehr geehrter Bürgermeister Frank Bolz,  
geschätzte Mitarbeiterinnen und Mitarbeiter der Gemeinde Dettenheim,  
werte Kolleginnen und Kollegen im Gemeinderat,  
sehr geehrte Damen und Herren,

heute stehen wir vor der Herausforderung, den Haushalt für das Jahr 2025 zu beraten und zu beschließen.

Bei den zurückliegenden Haushaltsberatungen wurden uns von Rechnungsamtsleiter Stefan Schwager die aktuellen Zahlen, die Steuerschätzung sowie die finanzielle Situation unserer Gemeinde dargelegt. Dies wie gewohnt, äußerst kompetent und ausführlich. Die kommunalen Spitzenverbände fassen die aktuelle Situation wie folgt zusammen: „Die Haushaltslage der Städte, Gemeinden und Landkreise befindet sich bereits im Jahr 2024 in einer beispiellosen Abwärtsspirale, die im Jahr 2025 nochmals deutlich an Dynamik zulegen wird. (...) die finanzielle Handlungsfähigkeit der baden-württembergischen Kommunen ist in einem Maß gefährdet, wie dies in den zurückliegenden Jahrzehnten nicht der Fall war.

Als Gemeinde in unserer Größenordnung wird unser Haushalt hauptsächlich aus Anteilen der Einkommen- und Umsatzsteuer sowie Zuweisungen des Landes bestritten. Diese Einnahmen müssen größtenteils für Pflichtausgaben für Kindergärten, Schulen, Feuerwehr und gemeindeeigene Gebäude, also zum Erhalt der Infrastruktur verwendet werden. Insgesamt ist der Erhalt der Infrastruktur eine Investition in die Zukunft. Er sichert nicht nur die Lebensqualität der gegenwärtigen Generationen, sondern legt auch den Grundstein für den Wohlstand und die Entwicklung künftiger Generationen.

Aufgrund der prekären personellen Situation im Bauamt konnten, wie bereits in den vergangenen Jahren, 2024 viele Projekte nicht umgesetzt werden. Unsere Fraktion hatte deshalb im Vorfeld auf eine Mittelanmeldung für 2025 verzichtet, da uns wichtig ist, zunächst die bisher bewilligten Projekte, die teilweise schon mehrere Jahre durchgeführt werden sollten, auszuführen. In den Haushaltsberatungen wurde deshalb auch darüber diskutiert und priorisiert, welche Maßnahmen personell in 2025 tatsächlich verwirklicht werden können. Einige Positionen mussten daher auf 2026 verschoben werden (wie z.B. die Sanierung des Dachs und die Erweiterung des Vordachs der Aussegnungshalle Friedhof Liedolsheim).

Beim Kindergarten Schwalbennest kann man zwischenzeitlich von einem Sanierungsstau sprechen. In den zurückliegenden Jahren wurden hier immer wieder Haushaltsmittel z.B. für die Erneuerung des Flachdachs bereitgestellt. Diese wurden jedoch aufgrund fehlender Kapazitäten im Bauamt nicht abgerufen und die Maßnahmen bisher nicht umgesetzt. Die Erneuerung soll nun in 2025 ausgeführt werden, die Sanierung der Waschräume in 2026.

Viele Gemeinderatsmitglieder zeigen sich aufgrund der aktuellen Situation ernüchtert, da zahlreiche geplante Projekte aufgrund von Personalmangel nicht umgesetzt werden können. Diese Entwicklung hat nicht nur Auswirkungen auf die Fortschritte der Gemeinde, sondern auch auf die Lebensqualität der Bürgerinnen und Bürger.

Wir hoffen, dass sich die personelle Situation im Bauamt nun in diesem Jahr durch verschiedene Neueinstellungen verbessert und sich stabilisiert, damit die notwendigen Ressourcen bereitgestellt werden können, um die für 2025 vorgenommenen Projekte auszuführen.

Die Erhöhung der Kreisumlage zum 01.01.25 von 27,5 % auf 32 % wird unserer Gemeinde allein in 2025 Mehrkosten von 470 000 Euro bescheren. Bei den Personalkosten wird mit Ausgaben von 3, 5 Millionen Euro geplant. Insgesamt steigen die Ausgaben für den laufenden Betrieb weiter an. Wir müssen deshalb künftig genau abwägen, was sich Dettenheim leisten muss bzw. leisten kann und welche Leistungen künftig vielleicht nicht mehr möglich sind. Hierzu zählen z. B. die Überprüfung von Doppelstrukturen in unserer Gemeinde.

Ein erster Schritt dahingehend ist eine Machbarkeitsstudie für eine gemeinsame Grundschule. Selbstverständlich gibt es bei diesem Thema unterschiedliche Ansichten und Interessen. Wir müssen dieser Studie jedoch ergebnisoffen gegenüberstehen. Es ist wichtig, den Prozess sorgfältig zu planen, die Bedürfnisse aller Beteiligten abzuwägen und zu berücksichtigen sowie eine transparente Kommunikationskultur zu fördern.

Bereits in 2023 wurde die Bedarfsplanung an Betreuungsplätzen in unseren Kindergärten intensiviert. Ein Resultat dieser Planung ist die Eröffnung des Waldkindergartens im Januar 2025. Es freut uns, dass dieses Projekt in relativ kurzer Zeit geplant und umgesetzt werden konnte und die Gemeinde so eine neue Form der frühkindlichen Bildung anbieten kann. Weiterhin hoch sind die Betriebskosten der Kindergärten. Trotz dass die Elternbeiträge jährlich steigen, kann der vom Gemeindegtag empfohlene Kostendeckungsgrad von 20 % bei weitem nicht erreicht werden. Leider konnten auch die angepassten Öffnungszeiten und Angebote in den einzelnen Einrichtungen daran nichts ändern. Wir müssen hier mit den Trägern im Dialog bleiben, um Lösungen zu Kosteneinsparungen und Kostensenkungen zu finden.

Die Erhöhung des Hebesatzes für die Gewerbesteuer von 340 % auf 360 % war in unserer Fraktion nicht unumstritten. Selbstverständlich ist es für unsere Gemeinde wichtig, Mehreinnahmen zu generieren. Jedoch bedeutet eine höhere Gewerbesteuer zusätzliche finanzielle Belastungen für Unternehmen, insbesondere für kleine und mittelständische Betriebe und das in Zeiten, in denen die wirtschaftliche Lage angespannt ist. Wir müssen einen Ausgleich finden zwischen der Förderung unserer Wirtschaft und der Sicherstellung einer soliden finanziellen Basis für unsere Gemeinde. Der Faktor Standortattraktivität wird künftig eine größere Rolle spielen.

Beim Eigenbetrieb Wasserversorgung stellt die größte Position erneut die Modernisierung des Wasserwerks dar. Bedingt durch die Sanierung steigen auch die Kosten für notwendige Wasseruntersuchungen und die Stromkosten. Bei der Kalkulation kommt der verkauften Wassermenge eine wesentliche Bedeutung zu. Da der Wasserverbrauch in den letzten beiden Jahren rückläufig war, verringerte sich die maßgebliche Bemessungsgrundlage und somit musste letztlich die Wassergebühr erhöht werden.

Die CDU-Fraktion stimmt dem Haushalt 2025 und dem Wirtschaftsplan für den Eigenbetrieb Wasserversorgung 2025 zu.

Die Beschäftigten der Gemeinde sind unsere wichtigste Ressource. Deshalb möchten wir allen Mitarbeiterinnen und Mitarbeitern der Gemeinde Dettenheim für ihre engagierte und wertvolle Arbeit unseren Dank aussprechen. Wir bedanken uns bei der Verwaltung sowie dem Gemeinde- und Ortschaftsrat für die gute Zusammenarbeit.

Vielen Dank für Ihre Aufmerksamkeit.

# SPD- Fraktion im Gemeinderat Dettenheim

## Stellungnahme zum Haushalt 2025

**Doris Reitz**

Sehr geehrter Herr Bürgermeister Frank Bolz, geschätzte Mitarbeiterinnen und Mitarbeiter der Gemeinde Dettenheim, werte Kolleginnen und Kollegen im Gemeinderat, sehr geehrte Damen und Herren,

Auch im Jahr 2024 zeigte sich die Welt in Aufruhr, wirtschaftlichen Turbulenzen und mit den verschiedensten Veränderungen. Auch in unserer Gemeinde gab es Veränderungen. Unsere Bürger haben einen neuen Gemeinde- und Ortschaftsrat gewählt- mit einigen neuen und jungen Räten, sicherlich auch mit neuen Ideen. Daher wurde aus Zeitgründen auf die geplante Klausurtagung verzichtet. Schade, gerade für unsere Neulinge wäre dies die Möglichkeit gewesen, diverse Vorhaben und Themen zu erörtern, aber auch für alle Gemeinderäte die Möglichkeit sich auszutauschen und gemeinsame Entscheidungen zu treffen. Erfreulich, dass dies nun in diesem Frühjahr geplant ist, um eventuell wichtige Themen wie Wärmenetz und Energiewende, Gewerbegebiet Mönchsfeld, Bebauung gemeindeeigener Grundstücke (Umsetzung „Städtebauliche Neuordnung-Ortskern Liedolsheim“), Sanierung gemeindeeigener Gebäude, Ganztagesbetreuung an unseren Grundschulen, Erstellung einer Prioritätenliste für die Instandhaltung der Gehwege beider Ortsteile nach Beendigung der Baumaßnahmen durch die Deutsche Glasfaser, oder auch Neuordnung des innerörtlichen ruhenden Verkehrs.

2024 konnten folgende geplanten Maßnahmen umgesetzt werden:

- Notstromversorgung am Rathaus und an der Pfinzhalle
- Barrierefreie Umbau der Bushaltestellen
- Erweiterung der Photovoltaikanlage am Rathaus

Andere geplanten Maßnahmen wie:

- Kirchengvorplatz in Rußheim,
- Neue Heizungsanlagen mit Photovoltaikanlagen in den Kindergärten
- Weiterführung des Spielplatzkonzeptes
- Gestaltung Kreisel Rußheim
- Einrichtung Dirthpark
- Neue Küche Feuerwehrhaus Liedolsheim u. Kita Schwalbennest

waren Mittel im Haushalt 2024 eingestellt. Leider konnten sie nicht umgesetzt werden, da wir in der Verwaltung einen starken Personalwechsel hatten, das Bauamt unterbesetzt. Daher hatten sich alle Fraktionen geeinigt, diese noch ausstehenden Maßnahmen im Haushaltsentwurf 2025 einzubringen und moderat keine neuen Vorhaben vorzuschlagen. Nun zeigen die Eckdaten des Haushaltsplanes 2025 keine größeren Defizite, wir sind noch liquid, im Vergleich zu anderen Gemeinden. Trotzdem gilt es bei weiteren Investitionen abzuwägen was wichtig und sinnvoll ist, auf was kann verzichtet oder zeitlich verschoben werden. Gerade im Rückblick auf vergangene Jahre zeigt sich, dass Planungen nur vage sind und es jederzeit Veränderungen geben kann. Dies wird auch den Haushalt

2025 betreffen, da wir einige Änderungen wie die gestiegene Kreisumlage, Neuberechnung der Einkommen- und Gewerbesteuer einplanen müssen, diese Anteile sind aber wichtig zur finanziellen Bewältigung unsere Pflichtaufgaben. Auch Erlöse aus dem Verkauf gemeindeeigener Grundstücke im Baugebiet Hagäcker/ Weglangenäcker würden unseren Haushalt bereichern.

Weitere Mittel sind im Haushalt 2025 für Projekte eingeplant:

- Weiterführung der Kanalnetzsanierung Kirchfeldstraße bis Kath. Kirche
- Abschluss Neugestaltung Dettenheimer Straße im Rahmen der Ortskernsanierung
- Aufzug zur Barrierefreiheit im Rathaus, Schließ- und Alarmanlage
- Multicar für den Bauhof

In der Kinderbetreuung konnten wir im Januar mit der Eingewöhnungsphase der ersten Kinder den Waldkindergarten starten. Nachdem der Standort, nach vielen Überlegungen und Abwägungen unter Einbeziehung des Forstes geändert wurde, konnte der neue Bauwagen "Dagobert" beim Vogelpark in Liedolsheim aufgestellt werden. Danke an den Verein für die Bereitstellung des Platzes. Im Nachhinein zeigt sich, dass die Überprüfung und Abwägung der Öffnungszeiten und Gruppen aller Kindergärten sich bewährt hat. Nur so konnten wir die Elterngelde noch human und im Vergleich zu anderen Gemeinden im mittleren Preisfeld halten. Trotzdem sind die Kosten für die Gemeinde enorm, dies sollten uns aber unsere jungen Familien wert sein, im Blick auf die Vereinbarkeit von Familie und Beruf. Weiterhin besteht Fachkräftemangel und zurzeit gibt es noch keine Engpässe bei den Kindergartenplätzen, vorausschauend müssen wir aber weitere neue Gruppen andenken. Auch die Zwergenstube erfreut sich reger Nachfrage, daher eventuell neue Gruppe angedacht. Mittel für eine Machbarkeitsstudie zur Ganztagesbetreuung an den Grundschulen sind im Haushalt eingestellt. Dazu bedarf es aber noch vieler Gespräche, da mehrere Modelle von der Landesregierung vorgegeben wurden. Zum neuen Schuljahr konnte für beide Grundschulen eine Sozialarbeiterin eingestellt werden.

Außer der jährlichen Bedarfsanmeldung der Feuerwehren zum Haushalt, wird für die Wehr Abteilung Rußheim ein neues Löschgruppenfahrzeug LF16 bestellt, Auslieferung und Zahlungsverpflichtung 2028.

Weiterhin belastet wird der Haushalt des Eigenbetriebs Wasserversorgung durch die Generalsanierung des Wasserwerkes. Mittelfristig wird es den Schuldenstand der Einrichtung erhöhen, auch die Bezugspreise für das Wasser. Diese Entscheidung zur Sanierung war dem Rat aber wichtig, um unseren Bürgern auch zukünftig eine eigenständige kommunale Wasserversorgung zu garantieren.

Die SPD-Fraktion stimmt dem Haushaltsplan 2025 und dem Wirtschaftsplan für den Eigenbetrieb Wasserversorgung 2025 zu.

Wir danken Ihnen Hr. Bürgermeister Bolz und Ihren Mitarbeiterinnen und Mitarbeitern für Ihre Arbeit im vergangenen Jahr. Besonders bedanken wir uns beim Rechnungsamtsleiter Herr Schwager für die Vorarbeit zum Erstellen des Haushaltes 2025. Danke auch den Kolleginnen und Kollegen des Gemeinde- und Ortschaftsrats für die gute Zusammenarbeit, allen Bürgern für Ihr Vertrauen und weiterhin gute Zusammenarbeit für ein liebenswertes Dettenheim. Fürs Jubiläumswunsch wünschen wir allen viele interessante Begegnungen und gute Gespräche.

## Haushaltsrede 2025 – Bündnis 90/Die Grünen – vorgetragen von Dr. Marco Al-Rawi

(Es gilt das gesprochene Wort)

Liebe Mitbürgerinnen und Mitbürger,  
lieber Bürgermeister Bolz,  
geschätzte Mitarbeiterinnen und Mitarbeiter der Verwaltung,  
werte Gemeinderätinnen und Gemeinderäte,

Die Vorzeichen für die Kommunen in Deutschland haben sich im Vergleich zum Vorjahr 2024 nicht geändert. Noch immer wütet der russische Angriffskrieg in der Ukraine und noch immer müssen wir uns mit den Themen Inflation, Kreditzinsen, Kosten für Energie, Unterbringung von Flüchtlingen und Unterricht für schulpflichtige Kinder aus der Ukraine, etc auseinandersetzen. Konsequenterweise schlägt sich dies weiterhin in den Haushaltsplänen nieder, erwartungsgemäß führen sie zu zusätzlichen Belastungen für die Kommunen. Durch diese Herausforderungen rückt die Klimakrise leider aus unserem Fokus, aber sie bleibt dennoch eine drängende Realität.

Zu Beginn der Haushaltsberatungen im November letzten Jahres konnte Rechnungsamtsleiter Schwager dem Verwaltungsausschuss auf sehr verständliche und fundierte Weise einen Überblick über die finanzielle Situation der Gemeinde geben. Im Vergleich zu den Vorjahren hat sich die finanzielle Lage der Gemeinde jedoch nur wenig verändert: Als kleinere Gemeinde ist unser Haushalt nach wie vor überwiegend auf Zuweisungen vom Land sowie auf Einnahmen aus der Gewerbe- und Einkommensteuer angewiesen, die jedoch tendenziell Schwankungen unterliegen. Auf der Ausgabenseite konzentrieren sich die größten Ausgaben auf die Erfüllung unserer Pflichtaufgaben, wie etwa die Kleinkindbetreuung, die Feuerwehr sowie Investitionen in den Erhalt von gemeindeeigenen Gebäuden und die Infrastruktur, einschließlich Straßen und Kanalisation.

Obwohl sich die Inflation stabilisiert hat und die Kreditzinsen nun auf niedrigem Niveau verharren, verfolgt die Verwaltung eine zurückhaltende Finanzstrategie und legt dem Gemeinderat für 2025 einen soliden Haushaltsentwurf vor. Ziel ist es, vor allem die strukturelle Stabilität der Gemeinde und die Handlungsfähigkeit der Verwaltung zu bewahren. Dies erscheint aus der Perspektive der Verwaltung als die beste Vorgehensweise.

Aus grüner Sicht müssen wir aber jetzt schon Weichen für unsere Zukunft stellen und investieren. Daher möchte ich hier die Möglichkeit nutzen, um auf einige ausgewählte Themen einzugehen, Ihnen meine Positionen dazu darzulegen und um Ihnen Potenziale aufzuzeigen, die aus meiner Sicht sinnvolle Investitionen in unsere Gemeinde in den kommenden 5 Jahren erfordern:

### **KLIMAWANDEL UND KLIMAAANPASSUNG**

Der Klimawandel schreitet unvermittelt voran und bedroht zusehends das Leben auf unserem Planeten. Doch unsere Antwort auf diese Erkenntnis darf nicht sein, ihn als unvermeidlich hinzunehmen oder sogar zu verleugnen und einfach so weiterzumachen wie bisher. Im Gegenteil: Als kleine Gemeinde müssen wir unserer Verantwortung gerecht werden und aktiv alle Maßnahmen zur Bekämpfung des Klimawandels in Betracht ziehen. Es muss uns allen bewusst sein, dass die Folgen des Klimawandels, wie etwa das Schrumpfen von Artenvielfalt, die Erschöpfung unserer Wasserquellen, extreme Hitzewellen und plötzliche Regenfluten, bereits heute spürbar sind. Die Kosten für präventive Maßnahmen, die wir jetzt ergreifen, sind gering im Vergleich zu den potenziellen Folgen, wenn wir nichts tun. Zu den künftigen Herausforderungen zählen unter anderem Ernteeinbußen, Überschwemmungen, Migration und gesundheitliche Krisen, die auch uns finanziell und gesellschaftlich belasten werden.

Um den Klimawandel aktiv zu bekämpfen und Anpassungsmaßnahmen umzusetzen, sollten wir gezielt externe Fachleute hinzuziehen. Diese können uns dabei helfen, die richtigen Maßnahmen zu ermitteln und eine fundierte Planung vorzunehmen, die sowohl den ökologischen als auch den finanziellen Aspekt berücksichtigt. Nur mit einer professionellen Beratung wird es uns auch möglich sein, Fördergelder des Bundes und Landes effektiv zu beantragen.

Neben der Anpassung unserer Gemeinde an den Klimawandel sollten wir langfristig in den Erhalt und die Weiterentwicklung unserer Infrastruktur investieren. Dies bedeutet nicht nur, unsere Gebäude energieeffizienter zu gestalten, sondern auch innovative Konzepte wie die Schaffung von nachhaltigen Neubauten, die die laufenden Sanierungskosten auf Dauer minimieren könnten.

Wir sollten zudem überlegen, wie wir den privaten Sektor stärker in unsere Klimaschutz- und Anpassungsstrategien einbinden können. Eine enge Zusammenarbeit mit der lokalen Wirtschaft, beispielsweise durch die Förderung von Energiegenossenschaften oder durch Bürgerbeteiligungsprojekte, könnte dazu beitragen, dass mehr Menschen Verantwortung übernehmen und gemeinsam Lösungen entwickeln.

Wir müssen außerdem die Bewusstseinsbildung innerhalb der Gemeinde fördern und die Bevölkerung stärker in die Umsetzung von Klimaschutzmaßnahmen einbinden. Dies kann durch Informationsveranstaltungen, Workshops und durch die Unterstützung von Bildungsinitiativen im Bereich Klimaschutz und Nachhaltigkeit geschehen.

### **ENERGIE- UND WÄRMEVERSORGUNG**

Im Falle einer erfolgreichen Umsetzung des Geothermiewerks in Dettenheim könnten wir eine stabile, erneuerbare Energiequelle für unsere Gemeinde gewinnen. In diesem Zusammenhang sollten wir auch ein Nahwärmenetz in Betracht ziehen, das die geothermische Energie optimal nutzen würde. Die Einrichtung einer entsprechenden Verwaltungseinheit zur Organisation dieses Betriebs sowie die Schaffung von Partizipationsmöglichkeiten für die Bürgerinnen und Bürger, beispielsweise in Form einer Bürgerenergiegenossenschaft, sind hier unerlässlich.

Eine weitere Möglichkeit zur nachhaltigen Energiegewinnung wäre der Bau einer Biogasanlage auf dem Gelände des Klärwerks. Diese könnte nicht nur zur Stromproduktion genutzt werden, sondern auch überschüssige Wärme in ein geplantes Nahwärmenetz einspeisen, was die Energieversorgung der Gemeinde nachhaltig sichern könnte.

Zusätzlich sollten wir das Potenzial der Gemeinde nutzen, um neue, energieintensive Unternehmen anzusiedeln, die von der Geothermie profitieren könnten, wie zum Beispiel Hersteller von grünem Wasserstoff. Diese Betriebe würden nicht nur von der lokalen Energiequelle profitieren, sondern auch zur Schaffung neuer Arbeitsplätze und zur Stärkung der regionalen Wirtschaft beitragen und gleichzeitig die regionale Energiewende vorantreiben.

Die Entwicklung von schwimmenden Photovoltaikanlagen auf unseren Baggerseen könnte sich, abhängig von künftigen Änderungen im Wasserhaushaltsgesetz, als eine vielversprechende Option herausstellen. Gleichzeitig müssen wir jedoch auch die enorme Bedeutung privater Photovoltaikanlagen anerkennen. Wenn wir den Einsatz von Solaranlagen in privaten Haushalten fördern, können wir nicht nur die Stromkosten der Bürger senken, sondern auch die Gesamtkosten für Strom in unserer Gemeinde durch die Einspeisung von überschüssigem Strom in das Netz reduzieren.

### **OPEN WORKSPACES / COWORKING SPACES / POP-UP-STORES**

Um den CO<sub>2</sub>-Ausstoß im Verkehrssektor zu verringern, könnten wir innovative Arbeitsumgebungen schaffen, die den Pendelverkehr reduzieren. Eine Möglichkeit wäre es, in gemeindeeigenen Räumlichkeiten Arbeitsplatzangebote bereitzustellen, um den Bürgerinnen und Bürgern zu ermöglichen, näher an ihrem Wohnort zu arbeiten. Die Gemeindeverwaltung sollte testweise einen Raum mit Internetzugang als Bürofläche anbieten und ihn kostenlos zur Verfügung stellen, um so die Nachfrage nach solchen Arbeitsplätzen zu evaluieren und lokale Arbeitsmodelle zu fördern.

Ein weiteres Konzept zur Belebung von Dettenheim wäre es, gemeindeeigene Räume vorübergehend als Pop-up-Stores zur Verfügung zu stellen. Diese kurzfristigen Läden könnten neuen Unternehmern eine Plattform bieten und gleichzeitig die Attraktivität und Vielfalt unserer Gemeinde erhöhen.

### **KLEINKINDBETREUUNG**

Unsere Investitionen in die Kleinkindbetreuung und die frühkindliche Förderung sind nicht nur Ausgaben, sondern zukunftsweisende Schritte, die die Grundlage für eine erfolgreiche Entwicklung unserer Kinder und eine starke Gesellschaft schaffen. Wir müssen daher sicherstellen, dass die Qualität der Betreuung stets verbessert wird. Darüber hinaus ermöglicht ein Betreuungsangebot, das an den Bedürfnissen der Eltern ausgerichtet ist, die Vereinbarkeit von Familie und Beruf und fördert somit die gesellschaftliche Teilhabe.

Damit Dettenheim für junge Familien weiterhin ein attraktiver Ort bleibt, ist es aus grüner Perspektive entscheidend, dass wir die Elternbeiträge stabil halten – idealerweise für die nächsten fünf Jahre. Unsere Kinder und ihre Familien verdienen diese Unterstützung, um eine nachhaltige Entwicklung zu fördern.

Parallel dazu muss die Verwaltung die steigenden Betriebskosten in den Blick nehmen. Auch wenn sie die tarifliche Entlohnung des Personals nicht direkt beeinflussen kann, sollte sie evaluieren, ob es sinnvoll ist, bestehende Kindergärten weiter zu sanieren oder mehrere Einrichtungen in einem modernen Neubau zu kombinieren.

Der vorliegende Haushaltsplan ist aus grüner Sicht nicht ausreichend, um den dringenden Herausforderungen des Klimawandels und des notwendigen Strukturwandels gerecht zu werden. Es fehlt an konkreten Maßnahmen und einer klaren Strategie, wie wir als Gemeinde nachhaltig werden können. Ohne die erforderlichen Investitionen in eine zukunftsfähige Infrastruktur und ohne eine zielgerichtete Anpassung an ökologische und wirtschaftliche Veränderungen riskieren wir, die Weichen für eine nachhaltige Entwicklung zu verpassen. Um ein deutliches Zeichen zu setzen und die Dringlichkeit der Situation zu unterstreichen, kann ich diesem Haushaltsplan in seiner jetzigen Form nicht zustimmen.

Die Dringlichkeit ist klar, doch es gibt immer noch Hoffnung, wenn wir jetzt handeln. Unsere Gemeinde hat sowohl die Pflicht als auch die Chance, den Weg in eine klimafreundliche Zukunft aktiv zu gehen.

Mit diesen Worten möchte ich schließen und wünsche Ihnen und Ihren Familien, dass Sie trotz der Krisen auch Zeiten der Ruhe finden und gesund bleiben.

Bleiben Sie zuversichtlich!

gez. Dr. Marco Al-Rawi